

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Steuern
Die Sozialbeiträge wachsen viel schneller als die Steuern.
>> Seite 3



Direktinvestitionen
Österreichische Unternehmen, die unter ausländischer Kontrolle stehen, gewinnen an Bedeutung.
>> Seite 4



Budget
Interview mit Fiskalrat-Vorsitzenden Bernhard Felderer über den Konsolidierungsbedarf in Österreich.
>> Seite 6



*Franz Pruckner:
„Wir wollen jedem Kunden den Service anbieten, der auf seine persönlichen Bedürfnisse abgestimmt ist.“*

„Niederösterreich ist auch Kernland der Sparkassen“

Franz Pruckner, Vorstandsvorsitzender der Waldviertler Sparkasse Bank AG, wurde vor Kurzem einstimmig zum neuen Obmann des Landesverbandes der Niederösterreichischen Sparkassen gewählt. Er folgt dem Vorstandsvorsitzenden der Wiener Neustädter Sparkasse, Christian Aichinger, nach, der in den Ruhestand getreten ist. Pruckner führt jetzt den Landesverband, der die 16 regionalen Sparkassen im größten Bundesland Österreichs vereint. Im Interview skizziert er die Aufgaben des Verbandes, die aktuelle ökonomische Situation im Lande unter der Enns sowie die strategischen Ansätze zum Ausbau der Marktpositionen.

Sparkassenzeitung: Sie führen ab sofort den größten Landesverband der heimischen Sparkassen. Was sind Ihre wichtigsten Ziele für Ihre Amtsperiode?

Pruckner: Ich bin in dieser Funktion mit dem klaren Bekenntnis angetreten, die Geschlossenheit und die Zusammenarbeit der niederösterreichischen Sparkassen weiter zu vertiefen und mit dem gewonnenen Selbstverständnis den Anspruch zu erheben, innerhalb der Kreditwirtschaft des Bundeslandes als „niederösterreichische Sparkassen“ eine führende Rolle zu spielen.

Wir verstehen uns im vielzitierten Kernland Österreichs auch als Kernland der Sparkassengruppe. Immerhin sind 16 selbstständige Sparkassen in diesem Verband zusammengeschlossen, das ist ein Drittel aller österreichischen Sparkassen. Eine wichtige Aufgabe als

Obmann des Landesverbandes wird es aber auch sein, die Anliegen der einzelnen Mitglieder sowohl innerhalb der Gruppe als auch nach außen bestmöglich zu vertreten.

Wie beurteilen Sie derzeit das regionale Wirtschaftsklima und die aktuelle Investitionsbereitschaft bzw. die daraus resultierende Kreditnachfrage in Niederösterreich?

Die niederösterreichische Wirtschaft kam auch in den ersten Monaten dieses Jahres – wenn auch etwas besser als im übrigen Bundesgebiet – nur zaghaft auf Wachstumskurs. Eine konjunkturelle Erholung ist spürbar, die

Nachfrage nach Investitionskredit nimmt da und dort wieder zu, allerdings sehr verhalten. Wir würden gerne den KMU dieses Landes mehr Kredite für Investitionen zur Verfügung stellen. Im Vorjahr betrug die Kreditausweitung rund 1,5 Mrd. Euro. Es könnte durchaus mehr sein.

„Zusammenarbeit der 16 Sparkassen Niederösterreichs vertiefen“

„Gibt es eine spürbare Belebung der privaten

Kreditnachfrage außerhalb des Bereichs Wohnraumbeschaffung bzw. Wohnraumsanierung?

Eine Belebung beim Privatkredit ist leider nicht feststellbar! Selbst bei privaten Wohnbaufinanzierung

Meine Meinung



Auf der Reformagenda ist es 5 nach 12

„Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert.“ Diese Feststellung von Wilhelm Busch gilt für die öffentlichen Haushalte seit geraumer Zeit nicht mehr. Die internationalen Kapitalmärkte und die EU-Tugendwächter der Konsolidierung, verzeihen mittlerweile sehr wenig. Deshalb steht auch Österreichs Fiskalpolitik derzeit mit dem Rücken zur Wand. Die Steuer- und Abgabenquote hat die 45-Prozent-Marke passiert und die kalte Progression demotiviert die Leistungsträger und würgt den privaten Konsum. Will man den eingeschlagenen Sanierungspfad retten, dann besteht auf absehbare Zeit kein Spielraum für ein Lindern der Steuerlast.

Einmal mehr rächt sich jetzt das jahrelange Versäumnis nachhaltiger Strukturreformen, von denen Budgetentlastungen ausgehen sollen. Mit dem Ergebnis, dass jetzt die Leistungsträger praktisch täglich mit neuen Ideen für Steuererhöhungen verunsichert und vergrämt werden. Das Drehen an den Steuerschrauben zum jetzigen Zeitpunkt hätte indes fatale Folgen, zumal das Wirtschaftswachstum – trotz imposanter Exporterfolge – nur sehr mühsam in Schwung kommt. Das einzige was hierzulande kräftig wächst sind die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer und der Bundeszuschuss zur Pensionsversicherung. Bleibt also als Ausweg nur das längst überfällige Reformwerk, um sich wieder „Luft“ zu verschaffen. Wo diese fiskalisch zu holen wäre ist seit Jahren evident. Der Föderalismus ist in seiner gegenwärtigen Form nicht mehr finanzierbar. Die Realitätsverweigerung in der Pensionspolitik muss ein Ende haben. Monitoring ist gut, aber gezielte Maßnahmen zur deutlichen Anhebung des Pensionsantrittsalters sind besser. Im Gesundheitswesen schlummern noch beträchtliche Potenziale an Synergie und Effizienzsteigerung. Von der Schulverwaltung mit ihren teilweisen skurrilen Regionalbürokratien ganz zu schweigen.

Das alles hätte längst in Angriff genommen werden müssen. Schweden hat uns in den vergangenen beiden Jahrzehnten gezeigt wie es – durchaus unter sozialstaatlichen Rahmenbedingungen – geht. Österreich hat geglaubt, sich schmerzhaft Reformschritte ersparen zu können. Jetzt ist es fünf nach zwölf, denn je später Strukturreformen einsetzen, umso schmerzhafter sind sie.

Einige Experten sind der Meinung, der Leidensdruck sei hierzulande noch nicht groß genug. Das sehen wir in den Banken, die wir Tag für Tag mit den Konsequenzen einer geradezu konfiskatorischen Besteuerung für Leistungsträger und potenzielle Investoren konfrontiert sind, ganz anders. Ein gängiger Kalauer unserer Zeit meint, die Hoffnung sterbe zuletzt.

Mag sein, aber die Reformhoffnung liegt in Österreich seit Jahren im Sauerstoffzelt. Die Reanimation ist überfällig!

Michael Ikrath
Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Erste Bank als „Beste Bank“ ausgezeichnet

Das internationale Finanzmagazin „Global Finance“ hat die Erste Bank als „Beste Bank 2014 in Österreich“ ausgezeichnet. Der Grund: Die Erste Bank habe trotz der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen eine sehr gute Performance erzielt. Die Bedürfnisse der Kunden seien früh erkannt worden und es sei umfassend – unter anderem mittels Produkt- oder Serviceinnovationen – darauf eingegangen worden.

Die Auszeichnung „World's Best Banks in Developed Markets“ wurde von den Redakteuren des Global Finance Magazins nach eingehenden Gesprächen mit Bankern, Finanzleitern und Analysten aus der ganzen Welt, einer Leser-Umfrage, aber auch anhand von Kennzahlen der Banken vergeben.

Spende für Hochwasseropfer

Die Erste Bank verdoppelt die Spenden, die ihre Mitarbeiter für die Hochwasseropfer in Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien gesammelt haben. Vorstandssprecher Thomas Uher übergab den Betrag von 54.000 Euro an Caritas-Präsident Michael Landau. „Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, den Menschen in einer unserer Kernregionen schnell zu helfen“, so Thomas Uher. „Nach der akuten Nothilfe gilt es nun, die Opfer der Hochwasserkatastrophe beim Wiederaufbau zu unterstützen und ihre Lebensgrundlage zu sichern. Jede Spende zählt und hilft unseren verzweifelten Nachbarinnen und Nachbarn. Möglichst rasch sollen die Menschen wieder auf eigenen Beinen stehen können.“



Betriebsrat Bertram Mach, Caritas-Präsident Michael Landau, Vorstandssprecher Thomas Uher und Betriebsrat Bernhard Kainz

20 Jahre Waldviertler Sparkasse in Tschechien

Die Waldviertler Sparkasse von 1842 hat 1994 in Jindřichov Hradec ihre erste Filiale in der Tschechischen Republik eröffnet. Heute betreut man in 6 Filialen rund 22.700 Kundinnen und Kunden. Aus Anlass des 20-Jahr-Jubiläums lud die Sparkasse zu einem Fest am Stadtplatz von Jindřichov Hradec ein.



Anschnitt der Jubiläumstorte

gen für eigene Wohnzwecke verzeichnen wir nur einen geringen Anstieg, und die Nachfrage nach Konsumkrediten bleibt überhaupt unverändert niedrig.

Wirkt sich die anhaltende Niedrigzinspolitik der EZB mittlerweile signifikant auf das Primärmittelaufkommen aus?

Die Niedrigzinspolitik, deren Ende derzeit nicht abzusehen ist, bedingt, dass die Zinsen auf dem klassischen Sparbuch praktisch vernachlässigbar geworden sind. Das Sparen insgesamt wird also von den Kunden kritisch hinterfragt, und wir verzeichnen in Folge derzeit bei den Primärmitteln de facto ein Nullwachstum.

Kann das – bei allfälligem Wiederanspringen der Nachfrage nach Kommerzkrediten – zu einer Kreditklemme führen?

Keineswegs, denn die niederösterreichischen Sparkassen sind traditionell überliquid. Unsere Loan to deposit ratio liegt unter 100 %, da gibt es genug Spielraum für die Kreditausweitung.

Registrieren Sie als Folge der extrem geringen Sparzinsen eine größere Bereitschaft in Wertpapiere zu investieren?

Hier gilt es für jeden Einzelnen sorgfältig abzuwägen: Sichere Anlage oder doch etwas Risiko. Derzeit bieten ja auch sichere Wertpapiere kaum attraktive Renditen, wenn man etwa Staatsanleihen in Deutschland und Österreich in Betracht zieht. Doch vielen Kunden sitzen die Ereignisse im Jahre 2008 noch immer in den Knochen, und sie scheuen das Risiko. Das heißt, die Hinwendung zum Wertpapier ist noch sehr verhalten. Hier zählt also mittelfristig vor allem die Qualität der Beratung, und da sind wir als Sparkassen gut aufgestellt.

Niederösterreich hat im Bundesländervergleich in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche Zuwachsraten beim Brutto-Regionalprodukt verzeichnen können. Glauben Sie, dass diese Vorreiterfunktion anhalten wird?

Das niederösterreichische Wirtschaftswachstum wird laut aktuellen Prognosen auch heuer um 1,8 % zunehmen und damit wieder über dem bundesweiten Durchschnitt liegen. Wesentliche Treiber für diesen Umstand sind die Sachgüterproduktion, der Tourismus, der Handel und die Baubranche. Erfreulich ist, dass auch das Wachstum 2015 an Schwung gewinnen wird – da sind für Niederösterreich 2,0 % prognostiziert. Wir gehen davon aus, dass die Vorreiterrolle gehalten werden kann. Auch was die Beschäftigung betrifft, liegt Niederösterreich anderen Bundesländern voraus. Das ist unter anderem den



Peter Prober, Sparkasse Neunkirchen, Wolfgang Just, Sparkasse Niederösterreich Mitte West, Landesverbands-Obmann Franz Pruckner, Waldviertler Sparkasse und Armand Drobesh, Sparkasse Korneuburg

vielen Klein- und Mittelunternehmen bzw. den Familienbetrieben zu verdanken.

Welche Rolle spielen die niederösterreichischen Sparkassen im kreditwirtschaftlichen Vergleich mit dem im Land aktiven Mitbewerbern?

Wir haben in Niederösterreich bei den Krediten einen Marktanteil von 24 %, bei den Einlagen einen solchen von 28 %, und auf die Sparkassen entfallen 22 % der Bilanzsumme. Gemessen an der Gesamtbevölkerung des Bundeslandes liegt der Kundenanteil bei 30 %. Das ist eine respektable Marktdurchdringung, zumal im Vorjahr netto 10.000 Sparkassenkunden neu hinzugekommen sind. Mehr als 500.000 Sparkassenkunden quer durch das Land, das ist ein Vertrauensbeweis.

Und der hat seine Berechtigung: Denn die Ergebnisse des Vorjahres insgesamt können sich sehen lassen. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt 27,2 Mio. Euro und entspricht einer Zunahme von 36,7 %

gegenüber dem Vorjahr. Die Eigenmittelquote der Niederösterreichischen Sparkassen lag zum Jahresende 2013 bei 18,4 %, die Kernkapitalquote erhöhte sich auf 17,0 % per Ende 2013. Sowohl die Eigenmittelquote wie auch die Kernkapitalquote liegen damit weit über den gesetzlichen Erfordernissen. Die Cost-Income-Ratio betrug zum Jahresende 2013 74,3 % und konnte damit gegenüber dem Wert des Jahres 2012 von 79,0 % deutlich reduziert werden

Stimmt die These, dass die Filialpräsenz im ländlichen Raum nach wie vor stärker sein muss als im großstädtischen Bereich, wo das Online-Banking eine größere Rolle spielt?

Ja, davon bin ich überzeugt! Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass wir Sparkassen für alle Kundenschichten geeignete Vertriebska-

näle anbieten müssen. Also vom „modernsten Onlinebanking“ bis hin zum kompetenten Beratungsgespräch in der Filiale. Letztlich wollen wir ja jedem Kunden den Service anbieten, der auf seine persönlichen Bedürfnisse abgestimmt ist. Die Filiale wird daher im ländlichen Raum ein ganz wichtiges Instrument der Kundenbindung und -akquisition, vor allem der professionellen Beratung bleiben. Insgesamt verfügen die niederösterreichischen Sparkassen über 229 Geschäftsstellen inkl. Hauptanstalten, davon sind 20 als Selbstbedienungs-Filialen ausgestattet. 213 Geschäftsstellen befinden sich in Niederösterreich (davon 19 SB-Filialen), 7 im Burgenland. Außerdem betreuen wir Kunden in 2 Geschäftsstellen in Wien und an 7 Standorten in der Tschechischen Republik (davon eine SB-Filiale) als regionale Partner in allen Finanzgeschäften.

Der Gemeinwohlauftrag gehört zu den wichtigsten Gen-Codes der Sparkassenidee. Wie steht es damit in Niederösterreich?

Die Gemeinwohlaufgabe nehmen wir sehr ernst. Mehr als 3,9 Mio. Euro aus den Unternehmensgewinnen haben die n.ö. Sparkassen in Form von Förderungen der Region wieder zur Verfügung gestellt. Die bedeutendsten Unterstützungen betreffen im Sozialbereich die Kooperation mit dem Hospiz Niederösterreich, im Sport steht der WACHAUMarathon als Flagship unseres Engagements an der Spitze. Wichtig ist uns auch der Bildungsauftrag, dem mit der Durchführung des volkswirtschaftlichen Planspiels ECO-Mania ebenso Rechnung getragen wird wie mit der Unterstützung des Projekts „Wir sind Boden“. Die niederösterreichischen Sparkassen haben ihr Verantwortungsbewusstsein darüber hinaus mit einer Spende in Höhe von 100.000 Euro für die Hochwasseropfer im Frühsommer 2013 spontan dokumentiert. Das verstehen wir als gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Das Interview führte Milan Frühbauer

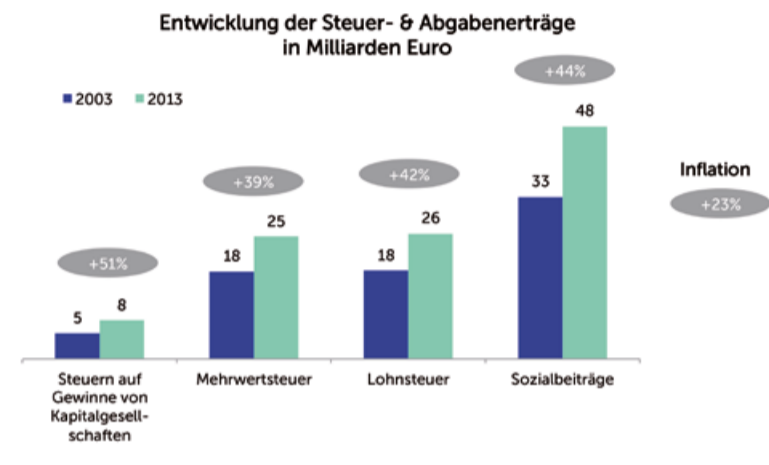
„Die Hinwendung zum Wertpapier ist noch sehr verhalten.“

Sozialbeiträge wachsen viel schneller als Steuern

In Österreich ist die Steuerdiskussion voll im Gange, denn die Steuerlast ist viel zu hoch. Um sie zu senken, sollen neue Steuern eingeführt werden. Interessant ist, dass alle nur über die Lohnsteuer reden. Doch die viel höheren Sozialbeiträge sind das gravierende Problem, vor allem bei niedrigen Einkommen. Eine Analyse von Agenda Austria stellt dies unter Beweis.

Man muss kein Steuerexperte sein, um zu erkennen, dass der Eingangsteuersatz mit 36,5 % enorm hoch ist. Leistungsfeindlich früh greift auch der Spitzensteuersatz. Während der Fiskus in Österreich ab 60.000 Euro brutto die Hälfte der Arbeitseinkommen für sich beansprucht, begnügt man sich in Deutschland mit 45 % ab 250.000 Euro.

Originell an der Steuerdebatte ist, dass sie sich um eine Frage dreht: Wie ist die viel zu hohe Steuerlast mit neuen Steuern zu senken? Dabei brauchen Steuersenkungen so etwas für gewöhnlich nicht, sie finanzieren sich weitgehend selbst. Agenda Austria hat Steuersenkungen und ihre Folge analysiert, wie etwa die Absenkung der Körperschaftsteuer von 34 auf 25 % anno 2005. Schon im ersten Jahr waren die Einnahmen höher als zuvor, drei Jahre später kassierte der Staat um ein Fünftel mehr KöSt als im Jahr 2004 – mit dem niedrigeren Steuersatz. Genauso wäre das auch bei einer spürbaren Senkung der hohen Steuern auf Arbeit: Steuermoral und Leistungsbereitschaft würden steigen, die Konsumfreude ebenso, damit auch die wirtschaftliche Dynamik und die Beschäfti-



Graphik: Agenda Austria; Quelle: Statistik Austria, 2014

gung. Und sollte sich in der Staatskasse dennoch ein Loch auftun, gibt es ein weltweit erfolgreich erprobtes Mittel, dies zu stopfen: niedrigere Ausgaben der öffentlichen Hand. Ungewöhnlich an der gegenwärtigen Steuerdiskussion ist aber auch, dass ausschließlich über die Lohnsteuer geredet wird, nicht aber über die Beiträge zur Sozialversicherung. Dabei sind die Sozialbeiträge mit 47,6 Milliarden Euro fast doppelt so hoch wie die Lohnsteuer, wor-

„Im Würgegriff der Sozialbeiträge.“



unter allen voran die Bezieherniedrigster Einkommen leiden. Wer hierzulande 1500 Euro brutto im Monat bekommt, verdient inklusive aller Abgaben 1968 Euro, bekommt davon aber nur 1160 Euro ausbezahlt. Die Lohnsteuer beläuft sich auf 84 Euro im Monat, während 583 Euro an Sozialbeiträgen abzuführen sind. Es sind nicht zuletzt die Bezieherniedriger Einkommen, die 22 Sozialversicherungsträger zu bezahlen haben.

„Rendite-Radar“: EZB hebt Attraktivität

Die Niedrigzinspolitik hält an, die Folgen sind für Anleger mannigfaltig. Das Erste Asset Management sieht die Anleihen im Vormarsch.

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat knapp vor der Sommerpause vor dem Hintergrund eines schwachen Wachstums, einer zu niedrigen Inflation und eines schrumpfenden Kreditvolumens ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen. Neben der Senkung des Leitzinssatzes von 0,25 % auf 0,15 % wird auch die Liquidität am Geldmarkt weiter ansteigen. Dadurch soll die Übertragung von Zentralbankgeld über die Banken auf die Realwirtschaft verbessert werden.

Die Maßnahme ist laut den Experten der Erste Asset Management positiv für alle Anlageklassen (Aktien, Unternehmensanleihen, Staatsanleihen) in der Eurozone,



Alexander Fleischer, Erste Asset Management: „Jetzt die Schwellenländer in den Fokus nehmen.“

allerdings negativ für den Euro. Die Aussicht auf einen tiefen Leitzinssatz für eine längere Zeit unterstützt die Anleihe-segmente weiterhin, auch wenn die Renditen bereits im historischen Vergleich auf einem sehr tiefen Niveau angelangt sind.

„Vor dem Hintergrund niedriger Zinsen sind die höherverzinslichen Anleihe-segmente, insbesondere aus den Schwellenländern, für Anleger aus Ländern mit sehr guten Bonitäten (z. B. Österreich, Deutschland, Schweiz, USA) besonders attraktiv“, analysiert Alexander Fleischer, Veranlagungschef für die verzinslichen Anlage-segmente bei der Erste Asset Management.

EINBLICK



Milan Frühbauer

Ein neues Phänomen: Sportliche „Umwegverluste“

Die internationalen Bewerbungen um globale Sportveranstaltungen – wie etwa Olympische Spiele oder Fußball-Weltmeisterschaften – sind seit Jahren Klassiker des „Big Business“. Zyniker meinen, die größte Rentabilität lande bei IOC oder FIFA. Politiker wiederum kämpfen um die Austragungsorte unter Hinweis auf die dafür notwendigen Investitionen und die „Umwegrentabilität“ in den Folgejahren. Vom Sportstättenbau und den Infrastrukturinvestitionen gingen wichtige Wachstumsimpulse aus, so deren Credo. Viel nüchterner sehen das mittlerweile die Bürger, wenn man sie ex ante befragt. So manche Bewerbung um sommerliches oder winterliches Olympia ist vom vorhergehenden Bürgervotum in der betroffenen Region schon im Keim erstickt worden. Die Skepsis der Steuerzahler gegenüber milliardenschweren Giga-Projekten für eine Veranstaltungsdauer von maximal 4 Wochen ist weltweit im Ansteigen. Das konnte nicht zuletzt bei der soeben zu Ende gegangenen Fußball-WM in Brasilien deutlich beobachtet werden. Doch auch im „Rest der Welt“ muss man sich zunehmend mit ökonomischen Folgen solcher Großereignisse herumschlagen. Denn die mediale Totalpräsenz etwa des jüngsten Fußballturniers praktisch rund um den Erdball hat Folgen.

Buchungsflaute im Tourismus Auch in Österreich: Die endgültigen Umsatzzahlen für Bier und begleitendes Knabbergebäck stehen zwar noch aus, aber das TV-Furioso mit insgesamt 64 Fußballspielen hat in einigen Branchen durchaus unerwartete Folgen. Der heimische Tourismus verzeichnet für die ersten beiden Ferienwochen eine im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedrigere Buchungslage. Vor allem die Nachfrage aus Deutschland liegt – WM-bedingt, betonen die Experten – spürbar unter dem Vorjahresniveau. Ähnliches vermeldet die Gastronomie quer durch

das Land: Auch repräsentative, großflächige Flachbildschirme konnten Umsatzrückgänge nicht verhindern. Selbst die Veranstalter des Public Viewing haben sich da und dort mehr Andrang und Stimmung erwartet. Und beim klassischen „Heurigen“ in Ostösterreich gilt der WM-Marathon mittlerweile als veritabler Umsatzkiller an Spieltagen. Nennenswerte Einbrüche gab es beispielsweise auch im Verkauf von Neuwagen, ja selbst der Gebrauchtwagenmarkt hat mit Flaute auf die Fußball-Begeisterung mit ihren Rekordeinschaltquoten im Fernsehen reagiert. Die Besucherzahlen in den Museen waren teilweise rückläufig. Abendveranstaltungen im Kulturbetrieb, die mit attraktiven Paarungen in Brasilien zeitlich „kollidierten“, blieben auf einigen Eintrittskarten sitzen. Selbst die vollklimatisierten Einkaufszentren melden Umsatzrückgänge, der Facheinzelhandel für dauerhafte Konsumgüter gehört ebenfalls zu den Leidtragenden der Fußball-Weltmeisterschaft.

Was kann aufgeholt werden? In so mancher Branche hat man die berechnete Hoffnung, dass die „Fußball-Lücke“ in den kommenden Wochen einigermaßen egalisiert werden kann. Das gilt naturgemäß nicht für die Gastronomie und wahrscheinlich auch nicht für den Tourismus in der Endabrechnung. Mit bisher so nicht registrierter Deutlichkeit wird klar: Massenphänomene wie das medial perfekt organisierte Interesse an der Fußball-WM führt zu ökonomischen „Umwegverlusten“. Ob wir hierzulande auch Umwegrentabilitäten werden lukrieren können, steht noch aus. Aber vielleicht beflügelt der Overflow aus Brasilien wenigstens das österreichische Fußballgeschehen. Schließlich haben wir ja noch aus der Fußball-Europameisterschaft des Jahres 2008 so manchen prunkvollen Stadionbau, der noch der Umwegrentabilität harret.

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Kunden der Banka Sparkasse in Slowenien sind zufrieden

Die aktuelle Marktforschung zum Thema „Kundenzufriedenheit und Loyalität der Kunden“ hat gezeigt, dass die Kunden der Banka Sparkasse d.d., eine Tochter der Kärntner Sparkasse, in Slowenien zufriedener sind als die Kunden der Konkurrenzbanken. Weiters fand man heraus, dass man in Slowenien am meisten den ausländischen Banken vertraut. Von den ausländischen Banken wiederum hat die Banka Sparkasse die beste Bewertung bekommen.

Jungwinzer prämiert

Im Rahmen einer Prämierungsfeier im Schlossbergsaal des SparkassenCenters wurden die heurigen „Jungwinzer der Steiermärkischen Sparkasse“ ausgezeichnet. Prämiiert wurden die Siegerweine aus fünf Weinkategorien sowie die jeweils Zweit- und Drittplatzierten.



Franz Titschenbacher, Präsident der Landwirtschaftskammer Steiermark (li.) und VDir. Franz Kerber (4. v. l.) mit den Jungwinzern Bernd Stelzl, Reinhard Pilch, Stefan Gründl und Roland Riegelnegg

Auszeichnung für ESPA-Fonds

Die Erste Asset Management kann einen weiteren Erfolg für seinen mehrfach ausgezeichneten Flaggschiff-Fonds im Segment „Schwellenländer Unternehmensanleihen“ verzeichnen: Bei den Lipper Fund Awards Nordics 2014 errang der mehr als 500 Mio. Euro Volumen erreichende ESPA BOND EMERGING MARKETS CORPORATE den ersten Platz in der Kategorie „Bester Globaler Emerging Markets Fonds – Hartwährung“ und liegt damit auf drei Jahres-Sicht vor allen anderen vergleichbaren Fonds seiner Veranlagungsgruppe.

Förderungspreis für regionale Projekte

Der Förderpreis der Privatstiftung Sparkasse Krems unterstützt mit insgesamt 75.000 Euro regionale Projekte und Aktivitäten in den Bereichen „Kunst & Kultur“, „Bildung und Wissenschaft“ und „Umwelt & Soziales“. Die Preisverleihung fand im Rahmen der Vereinsversammlung der Kremser Bank und Sparkassen AG statt.



Die Siegerinnen und Sieger mit den Stiftungsvorständen Günther Graf, Christian Hager und Hansjörg Henneis.

Direktinvestitionen hängen von der Standortqualität ab

Österreichische Unternehmen, die unter ausländischer Kontrolle stehen, gewinnen für die inländische Wirtschaft zunehmend an Bedeutung. Sie stehen bereits für rund 40 % des im Ausland investierten Kapitals und erwirtschaften mehr als 60 % des bilanziellen Jahresertrags. Das ergibt die Direktinvestitionsbefragung der Oesterreichischen Nationalbank. Gleichzeitig beschäftigen sie fast die Hälfte der Arbeitnehmer in ausländischen Tochterunternehmen.

Die beeindruckenden Daten untermauern einmal mehr, dass die Sicherung der Standortqualität für Österreichs künftige Wirtschaftsentwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen wurde durch die Wirtschaftskrise zwar deutlich gebremst, beschleunigte sich 2012 jedoch wieder spürbar. Umgekehrt hat die Region Mittel-, Ost- und Südosteuropa als Ziel aktiver Direktinvestitionen Österreichs vorerst an Attraktivität verloren, dennoch spielt der CEE-Raum für heimische Investoren aus dem Unternehmensbereich weiterhin eine große Rolle.

Ein wachsender Teil des Engagements österreichischer Direktinvestoren wird durch ausländische Konzerne mit Sitz in Österreich gesteuert. Für den Jahresbeginn 2013 weist die Statistik der OeNB 1.361 in Österreich ansässige Investoren aus, von denen ein Drittel selbst unter ausländischer Kontrolle steht. Von 5.162 gemeldeten Auslandsbeteiligungen im Wert von 158,5 Mrd. Euro sind diesen Unternehmen 1.613 Beteiligungen (31 %) mit einem Marktwert von 60 Mrd. Euro (38 %) zuzurechnen. Diese Beteiligungen sind überdurchschnittlich groß, denn von insgesamt 785.000 Beschäftigten im Ausland entfallen 47 % auf Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne, die ihre Auslandsbeteiligungen über österreichische Holdinggesellschaften verwalten. Das strategische Konzept, solche Regional-Headquarters verstärkt in Österreich anzusiedeln, hat also durchaus Erfolge gezeitigt und ist ein wesentlicher Faktor auch für die Anbieter hochqualitativer, unternehmensaffiner Dienstleistungen im Inland.

Krise brachte Dämpfer für Direktinvestitionen

Noch deutlicher wird die Dominanz dieser internationalen „Brückenköpfe“ angesichts der Ertragsituation: 60 % des gesamten bilanziellen Jahresertrags (nach Dotation bzw. Auflösung von Rücklagen) oder 5,4 Mrd. Euro entfielen auf diese Unternehmen. Das passive Direktinvestitionsgeschehen Österreichs zeigte sich jüngst wieder deutlich lebhafter: Zum Jahresende 2012 erreichte der Beteiligungsstand in Österreich 124,5 Mrd. Euro und wuchs daher stärker als es allein durch die Zuflüsse des Jahres 2012 in Höhe von 3 Mrd. Euro zu erwarten gewesen wäre. „Damit scheint eine ausge-



Die CEE-Zentrale des Chemie-Konzerns Henkel in Wien-Erdberg.

Foto: Henkel

prägte Phase der Stagnation, die Österreichs passive Direktinvestitionen während der vergangenen Krisenjahre geprägt hatte, ein Ende zu finden“, erläutert die OeNB. Zwischen 2007 und 2011 war der passive Direktinvestitionsbestand lediglich von 110 Mrd. Euro auf 118 Mrd. Euro gestiegen. Ende 2012 waren 3.069 Ausländer an 2.768 inländischen Unternehmen beteiligt, die – gewichtet nach Kapitalanteil – 252.000 Personen beschäftigten.

Kein Rückzug aus den CEE-Ländern

Die Wirtschaftskrise hat auch die regionale Struktur der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland beeinflusst. Das Zielgebiet Mittel-, Ost- und Südosteuropa hat vorerst an Attraktivität verloren. Beim investierten Kapital ist der

Anteil von 50 % auf 42 % gesunken, bei der Auslandsbeschäftigung ging der Anteil von mehr als 70 % auf 65 % zurück. Dennoch kann nicht davon gesprochen werden, dass sich die Investoren aus dieser Region zurückziehen. Jeweils mehr als zehn zusätzliche Beteiligungen registrierte die OeNB 2012 in Deutschland, Polen, Rumänien, Bulgarien und China, während die Anzahl der Auslandsstöchter in Tschechien, der Slowakei und Mazedonien gesunken ist. Eine Zunahme der Beschäftigung konnte im Vereinigten Königreich, Polen und der Tschechischen Republik (je +5.000), in den Vereinigten Staaten (+3.000) und der Türkei (+2.000) verzeichnet werden.

„Die Brückenköpfe in Österreich sind wichtig!“

-üh-



Die OMV ist mit ihrer Tochter Petrom in Rumänien aktiv.

Foto: OMV-Aktien-gesellschaft

Bankmargen liegen unter Vorkrisenniveau

Das Privatkundengeschäft der europäischen Banken profitiert noch nicht von der wieder stabileren Konjunktur. Eine Untersuchung des Unternehmensberaters A.T. Kearney zeigt: 2013 wurden in Europa mehr als 4.500 Bankfilialen geschlossen, knapp dreimal so viel wie in herkömmlichen Jahren. Österreichische Banken weisen einen niedrigeren Ertrag pro Kunde auf als im Vorjahr.

Europas Privatkundenbanken haben die Krise noch längst nicht abgeschüttelt. Das zeigen die diesjährigen Ergebnisse des „Retail Banking Radar“ der Unternehmensberatung A.T. Kearney. Demnach stabilisieren sich die Institute zwar langsam und schrittweise, die Gewinnmargen liegen aber nach wie vor unter dem Vorkrisenniveau. Für die Studie wurde die Performance von 104 Privatkundenbanken in 24 west- und osteuropäischen Ländern ausgewertet. Untersucht wurden entscheidende Performance-Indikatoren:



Banken werden in Zukunft weniger und kleinere Filialen betreiben. Der Schwerpunkt wird auf Beratung und Stärkung der Markenidentität liegen.

- **Ertrag pro Kunde:** Die Sparquoten bleiben unverändert recht hoch. Damit sind auch die privaten Sparguthaben ein weiteres Mal gestiegen, wenn auch langsamer als in der Vergangenheit. Auf der anderen Seite sind die Darlehensvolumina leicht zurückgegangen. Daher steigerten die europäischen Retail-Banken die Erträge pro Kunde nur marginal von 667 Euro im Jahr 2012 auf 668 Euro im Jahr 2013. Österreichische Banken liegen bei diesem Indikator mit 586 Euro im Jahr 2013 eindeutig unter dem europäischen Durchschnitt und verschlechtern sich im Vergleich zu 2012 um 3 %.
- **Ertrag pro Mitarbeiter:** Das ist der einzige Indikator, bei dem europäische Retail-Banken annähernd das Vorkrisenniveau wiedererlangen konnten und sowohl 2012 als auch 2013 einen Anstieg erzielten, nunmehr auf 218.000 Euro. Die Retail-Banken bauten Personal ab, und so wurden im vergangenen Jahr die Mitarbeiterstände um rund 1,5 % reduziert.
- **Zinseinnahmen im Verhältnis zu Gesamteinnahmen:** Dieser Indikator gab um einen halben Prozentpunkt auf 70 % nach. Damit schwankt er seit fünf Jahren in einem engen Korridor zwischen 70 und 71 %. Begrenztes Wachstum im Darlehensgeschäft und das dauerhafte Zinstief belasten weiterhin die Zinseinnahmen. Wegen der geringen Wachstumsraten bei Kapitalmarktprodukten stagnierten auch die Provisionseinnahmen.
- **Cost-to-income-ratio:** Dieser Indikator verbesserte sich 2013 trotz Restrukturierungsmaßnahmen nur leicht auf 61 %. „Interessanterweise zeigen unsere Ergebnisse praktisch keine

Korrelation zwischen Stellenabbau und Kosten, obwohl die Personalkosten bei den meisten europäischen Retail-Banken mindestens die Hälfte der Gesamtkosten ausmachen“, so Studienautorin Chikova.

- **Gewinn pro Kunde:** Mit 127 Euro Gewinn pro Kunde hat sich die Gesamtrentabilität erholt, ist aber noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt. Trotz umfassender Umstrukturierungen operieren die Institute in Portugal und Italien mit einem Verlust von 96 Euro beziehungsweise 279 Euro pro Kunde nach wie vor tief in den roten Zahlen. Österreichische Banken schreiben mit ihrem Privatkundengeschäft zwar keinen Verlust, aber mit einem Gewinn pro Kunde von 84 Euro liegen sie unter dem europäischen Durchschnitt und sind schlusslicht bei den untersuchten westeuropäischen Banken.

Die Rezepte

Wie sollten sich die Banken nun für die Zukunft rüsten? Die Experten von A.T. Kearney haben drei Bereiche identifiziert, die Banken auf kurze Sicht in den Mittelpunkt stellen sollten:

- **Kosteneffizienz neu bewerten:** Die Kosteneffizienz befindet sich seit fünf Jahren auf der Agenda jeder Bank, auch wenn Ziele und Maßnahmen regional sehr unterschiedlich sind. Angesichts des nach wie vor schwachen Wachstums und hohen Regulierungsdrucks bleibt das Kostenmanagement ein wichti-

ger Faktor zur Verbesserung der Performance.

- **Filialen in einem Multikanal-Umfeld auf den Prüfstand stellen:** Banken werden in Zukunft weniger und kleinere Filialen betreiben mit Schwerpunkt auf Beratung und Stärkung der Markenidentität. Zudem werden sie neue Technologien und andere Formate nutzen. Die Transformation wird weder schnell gehen, noch einfach sein. Die Reduzierung der Filialgrößen und die Schließung von Filialen erfordert genaues Wissen über Kundenanforderungen und Kundenzahlen sowie eine gute Planung verfügbarer Kapazitäten. „Auch in Österreich wird die Anzahl der Filialen in den nächsten Jahren weiter sinken. Dies wird dem Sektor aber nicht schaden, sondern sich positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Dabei wird es auch keine großen Einbußen beim Kundenservice geben, da die Filialdichte in Österreich zurzeit im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch ist“, unterstreicht die Expertise.
- **Digitaltechnologien einbinden:** Digitale Banking-Angebote sollten die Vorteile der Online- und der Offline-Welt vereinen, um einen exzellenten Kundenservice zu garantieren. Österreichische Bankkunden sind für die Digitalisierung der Bankprodukte bereit. Die Smart-Phone-Dichte ist hoch und die erforderlichen Kenntnisse bestehen. -üh-

„Mit neuen Technologien aus der Kostenschere.“

AUSBLICK



Christine Domforth

Durchsichtige Motive der Unruhestifter

Karl Wlaschek hat eine, Niki Lauda, Attila Dogudan, Ingrid Flick, Heidi Horten, Fürst Karl Schwarzenberg und Hans-Peter Haselsteiner haben eine Stiftung. Dass auch die SPÖ Steiermark eine solche besaß, war wohl eher ein ideologischer Betriebsunfall. Für linke Klassenkämpfer sind die mehr als 3000 heimischen Privatstiftungen wegen der dort gebunkerten 80 oder noch mehr Milliarden Euro logischerweise das perfekte Feindbild. Weniger logisch ist es freilich, wenn nun auch Vorarlbergs Landeshaupt Markus Wallner den Stiftungen die steuerlichen Daumenschrauben anlegen möchte. Wallner sitzt offenbar wegen der bevorstehenden Landtagswahl die Angst im Nacken. Neben den Grünen machen ihm vor allem die – vom gebürtigen Vorarlberger Strolz angeführten – Neos zu schaffen. Die 2009 von Wallner-Vorgänger Sausgruber gerade noch erzielte absolute Mehrheit dürfte für die Ländle-VP diesmal außer Reichweite sein. Wohl deshalb greift der sonst vernünftige Alemanne tief in die populistische Mottenkiste.

Lacina hat sich was dabei gedacht Auch wenn es für Normalverdiener noch so verlockend klingen mag, zwecks Finanzierung einer kräftigen Lohnsteuersenkung die Stiftungen zu schröpfen – wirtschaftspolitisch wäre das alles andere als vernünftig. Das zeigt ein Rückblick auf das Jahr 1993, aus dem das betreffende Gesetz stammt. Schöpfer des Privatstiftungsgesetzes war übrigens SP-Finanzminister Ferdinand Lacina, der auch die – jetzt wieder so heftig diskutierte – Vermögenssteuer abgeschafft hat. Als Anwalt der Superreichen wollte sich Lacina ganz sicher nicht profilieren. Seine Motive, die Schaffung von Privatstiftungen zu ermöglichen, waren ganz andere: Es sollte der

Fortbestand von Unternehmen gesichert und die Zersplitterung von Vermögen durch Erbschaften verhindert werden. Man wollte Arbeitsplätze und Kapital in Österreich halten und Anreize dafür schaffen, Kapital aus dem Ausland nach Österreich zu bringen. Das alles ist bisher weitgehend gelungen.

Steuervorteile werden überschätzt Eine Stiftung ist kein Geldspeicher, wie ihn Da-

gobert Duck sein eigen nennt. Rund zwei Drittel des Vermögens der heimischen Privatstiftungen entfallen auf Unternehmensbeteiligungen, ein erheblicher Teil ist in Immobilien angelegt, der Rest in Wertpapieren. Hinter rund 80 der 100 größten österreichischen Unternehmen stehen Privatstiftungen, rund 400.000 heimische Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt an Privatstiftungen. Stiftungen sind wichtige Investoren am Kapitalmarkt. Hier einfach mit der Steuerkeule zuzuschlagen – womöglich sogar in Form einer Substanzsteuer – und die Stifter zu vertreiben, wäre eine Schnaps-idee. Das könnten übrigens einige Vorarlberger Unternehmer, die selbst eine Stiftung haben, ihrem Landeshauptmann sicher im Detail erläutern. Die Steuervorteile, die eine Stiftung bietet, sind weitaus kleiner als die Kritiker meinen. Und sie wurden seit 1993 durch zahlreiche Gesetzesänderungen immer mehr reduziert. Als Konsequenz sinkt die Zahl der Neugründungen, es bringen kaum noch ausländische Stifter ihr Kapital nach Österreich, so mancher Stifter überlegt bereits, Richtung Liechtenstein oder Cayman abzuwandern. Daher Hände weg von neuen Belastungen! Die österreichische Privatstiftung war bisher eine wirtschaftspolitische Erfolgsgeschichte, die man nicht mutwillig ruinieren sollte.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

„Richtig konsolidieren heißt Ausgaben senken“

Der Konsolidierungsbedarf im Staatshaushalt ist beträchtlich, die Wachstumsimpulse hingegen derzeit eher bescheiden. In diesem Spannungsfeld befindet sich Österreichs Budgetpolitik. Der Vorsitzende des Fiskalrates, Professor Bernhard Felderer, skizziert die globalen und nationalen Rahmenbedingungen. Sein Befund: Der Anteil der Ausgabenkürzungen am Konsolidierungsvolumen insgesamt muss hierzulande deutlich steigen.

Sparkassenzeitung: Seit Monaten wird der Wachstumsschub prognostiziert, aber die vorläufigen Wachstumsraten sind bescheiden. Lässt der konjunkturelle Aufschwung länger auf sich warten als erwartet?

Felderer: Wir haben es derzeit global mit eher durchwachsenen, teilweise widersprüchlichen Entwicklungen zu tun. Die Dynamik der Belebung der US-Wirtschaft, von der sich viele Industriestaaten Europas „Ansteckungseffekte“ erwarten, ebbt ein wenig ab. Die FED hat die Wachstumsprognose für heuer von 2,8 auf 2,2 % reduziert. Auch der Welthandel wuchs im 1. Quartal 2014 langsamer als erwartet, selbst der Außenhandel Chinas dürfte sich spürbar schwächer entwickeln als alle gehofft haben. Das belastet auch die Stimmung der Manager. Der IFO-Index ist etwas gesunken, und das Investitionsklima bleibt – nicht zuletzt als Folge dieser Stimmungslage – nach wie vor unbefriedigend. Jedenfalls signalisiert es vorerst keinen Wachstumsschub.

Aber entlang der Südflanke der Europäischen Union ist doch vieles besser geworden ...

... was wiederum ermutigend wirkt. In den Euro-Krisenländern Portugal, Spanien und Griechenland ist das Primärdefizit einem, wenn auch vorerst bescheidenem Primärüberschuss gewichen. Italien hat sich gut erholt und könnte heuer einen Primärüberschuss von über 2 % erzielen. Was die Leistungsbilanzsalden betrifft, so wird es in diesen Ländern erstmals wieder ein leichtes Plus geben. Dies hat zu einem Rückgang des Konsums und der Importe geführt. Bei Spanien und Portugal sind außerdem auch die Exporte wieder angestiegen.

Was ja auch für Österreich gilt. Hier sind die Ausfuhrsteigerungen, allein im März wieder um 4,6 %, der wichtigste Konjunkturstabilisator. Kann das so bleiben?

Österreichs Exportindustrie profitiert von zwei Entwicklungen: der guten internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die sich den globalen Bedingungen stellen muss. Österreich ist da ein unverzichtbarer hochqualitativer Vorlieferant bzw. Sublieferant. Andererseits ist es vielen Exportunternehmen gelungen, den Spezialisierungsgrad und die Wertschöpfung zu erhöhen. Gleichzeitig steigt in der heimischen Exportstatistik der Anteil der Drittländer auf mehr als 30 %. Man wird damit von der EU-Konjunktur ein wenig unabhängiger.



Bernhard Felderer: „In einer Volkswirtschaft, in der rund 80 % der Unternehmensinvestitionen über Bankkredit erfolgen, sind gesunde Kreditinstitute für den Wirtschaftsaufschwung unverzichtbar.“

Die EU-Wachstumsschwäche ist in vielen Ländern ein Problem, vor allem auf den Arbeitsmärkten. Jetzt sollen also die Stabilisierungskriterien gelockert werden, um mehr öffentliche Investitionen finanzieren zu können. Italien und Frankreich geben in Brüssel die Vorreiter. Ein Ende von Maastricht?

Das wäre fatal. Denn die internationalen Kapitalmärkte sind mittlerweile sehr sensibel. Erst wenn ein Land genügend Glaubwürdigkeit erreicht hat, dass das strukturelle Defizit nachhaltig die 0,5 Prozent-Marke nicht übersteigt und das Wirtschaftswachstum in einer Höhe liegt, die eine Reduktion der Schuldenquote erlaubt, werden wir von den Kapitalmärkten die für Reformen notwendige Finanzierung problemlos erhalten. Darüber hinaus ist es sehr schwer zu definieren, was eine wachstumsfördernde, die Wettbewerbsfähigkeit stärkende öffentliche Investition ist. Das beginnt an den Universitäten, weil ja nicht jede universitäre Bildungsinvestition a priori die Leistungskraft einer Wirtschaft sinnvoll steigert. Oder nehmen Sie die Infrastrukturinvestitionen: Es stellt sich beispielsweise die Frage, ob die neue Straße ein Prestigeobjekt für den örtlichen Bürgermeister ist, der vor einer Wahl zusätzliche Arbeitsplätze schaffen möchte, oder hat die Investition positive Auswirkungen auf die Standortqualität einer Region?

Die Niedrigzinspolitik hält an, aber die daraus erhofften Investitionsimpulse bleiben aus. Gelten die traditionellen Gesetzmäßigkeiten nicht mehr?

Dieses Phänomen zeigt, dass die Investitionsentscheidung bei weitem nicht allein von den Kosten der Finanzierung abhängt. Wesentlich sind Markterwartungen, die Stimmung potenzieller Investoren, das Umfeld der Standortpolitik und das Vertrauen der Finanzinstitutionen. Derzeit werden ja – nicht nur in Österreich – die Banken mit steuerlichen und regulatorischen Belastungen heftig gebeutelt und von der Politik zu den Alleinschuldigen für alle Unbilden gestempelt. Es ist das Gefühl dafür abhanden gekommen, dass wir funktionierende und leistungsfähige Banken in unserem Wirtschaftssystem dringend brauchen. In einer Volkswirtschaft, in der rund 80 % der Unternehmensinvestitionen über Bankkredit erfolgen, sind doch gesunde Kreditinstitute für den Wirtschaftsaufschwung unverzichtbar.

In Österreich wird heftig der richtige Sanierungskurs für die Staatsfinanzen diskutiert. Vor allem geht es um die Gegenfinanzierung für die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer. Gibt es aus Ihrer Sicht dazu überhaupt einen Spielraum?

Vorweg zwei Feststellungen: Wir haben in Österreich derzeit einen straffen Budgetvollzug, aber die notwendigen Reformen zur ausgabenorientierten Konsolidierung werden nicht angepackt. Der Anteil neuer Steuern und Abgaben am Konsolidierungsvolumen ist mit zur Zeit 46 % viel zu hoch. Es gibt Dutzende von Analysen, die allesamt nachweisen: Man braucht ein deutliches Übergewicht der Ausgabenseite, damit die Konsolidierung nachhal-

tig ist und das Wachstum nicht zu stark behindert sondern gefördert wird. Ein großer Teil von Steuersenkungen finanziert sich im Laufe einiger Jahre über Wirtschaftswachstum gleichsam selbst. Das hat etwa die Rücknahme des Steuersatzes in der Körperschaftssteuer von 34 auf 25 % in Österreich eindrucksvoll bewiesen. Entgegen vielen Unkenrufen hieß dann das Ergebnis: Steuern gesenkt – Steueraufkommen gestiegen.

Was die Steuerreform betrifft, so plädiere ich für ein Volumen, das dann auch beim privaten Konsum kräftig spürbar wird, also um rund

genschwerer Fehler: Fiskalisch und für den Investitionsstandort Österreich insgesamt.

Und wo muss der Reformstift ausgabenorientiert primär angesetzt werden?

Alle Förderungen, beispielsweise die Wohnbauförderung, gehören auf den Prüfstand. Wir halten derzeit insgesamt bei 16 Mrd. Euro Fördervolumen. Das sind gut 5 % des BIP. Auch im Bereich der Pensionen haben wir die Hausaufgaben noch nicht gemacht. Es mutet schon eigenartig an, wenn als politisches Ziel definiert wird, dass bis 2018 das tatsächliche Pensionsantrittsalter auf 60,1 Jahre erhöht werden soll, gleichzeitig aber jetzt schon das Regelpensionsantrittsalter bei 65 Jahren für Männer und 60 Jahren für Frauen liegt. Das ist von mutiger Reformbereitschaft weit entfernt.

In der Schulverwaltung gibt es ebenso Sparpotenziale wie im Gesundheitswesen, wo jetzt die Länder am Zug wären. Aber auch die Privatisierung sollte kein Tabu-Thema sein. Vor allem in den Ländern und Gemeinden gibt es noch viele Beteiligungen, die für die Leistungserbringung der Gebietskörperschaften keineswegs zwingend erforderlich sind. Das heißt im Klartext: Der Beitrag der Reformen mit dem Ziel einer Ausgabenreduzierung für den Konsolidierungsprozess muss wesentlich höher werden. Das sagt nicht nur die Wissenschaft, sondern beispielsweise hat auch Schweden dies in einem schmerzhaften Sa-



Fotos: APA-OTS/Ian Ehn

„Was die Steuerreform betrifft, so plädiere ich für ein Volumen, das dann auch bei privaten Konsum kräftig spürbar wird, also um rund 6 Mrd. Euro.“

6 Mrd. Euro. Geringe Erhöhungen ändern das Verhalten der Wirtschaftssubjekte nicht, sodass die Chance zu einer Wirtschaftsbelebung verloren geht. Eine Reform über Steuererhöhungen an anderer Stelle zu finanzieren, wäre ein fol-

nierungsprogramm vor rund 20 Jahren unter Beweis gestellt. Heute ist dieses Land wettbewerbsfähig, das Pensionssystem ist finanzierbar und die Staatsschuldenquote macht die Hälfte der österreichischen aus.

-üh-

EU-Kommission bereitet neue CSR-Strategie vor

Die Unternehmensverantwortung ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Anliegen. Denn nach der Krise ist vor der Ethik. Die Europäische Union widmet sich jetzt der Corporate Social Responsibility. Ein schwieriger Drahtseilakt zwischen Gemeinwohlorientierung und Gewinnmaximierung zeichnet sich ab.

Roland L. Tassler, Sparkassenverband, EU-Büro Brüssel

Laut Kommission ist die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR) eine notwendige und natürliche Ergänzung zum Streben nach einem wettbewerbsfähigeren Europa. Zielkonflikte sind zwar logisch, sollen aber möglichst minimiert werden. Ein verantwortungsbewusstes Unternehmensverhalten ist entscheidend für den Aufbau von Vertrauen in die Marktwirtschaft und den grenzüberschreitenden Handel. Die EU sieht daher in einer Wirtschafts- und Industriepolitik, die an die Gemeinwohlorientierung der Unternehmen appelliert, einen positiven Beitrag zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.

Die CSR-Strategie 2011-2014

Ausgangspunkt für die noch laufende CSR-Strategie der Kommission war die Neubestimmung des Begriffs per se. Die Kommission definiert CSR als „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“. Unternehmen sollen soziale und umweltbezogene Faktoren, Menschenrech-

te und die Belange der Verbraucher in ihre Geschäftsabläufe und ihre Kernstrategie integrieren. Aktuell wird die Gesetzgebung zur Richtlinie über die Offenlegung nichtfinanzieller Kennzahlen fertig gestellt. In überwiegenderem Maße legt die Kommission aber nichtlegislative Maßnahmen vor. Ihr Schwerpunkt war, das Thema CSR stärker ins Bewusstsein der Unternehmen und Bürger zu rücken.

Da die aktuelle Strategie Ende dieses Jahres ausläuft, hat die Kommission eine Konsultation zur Bewertung ihrer CSR-Strategie gestartet. Die Evaluation, die aus dieser Konsultation gezogen wird sowie die Ergebnisse des für November 2014 geplanten „EU-Stakeholder Forums CSR“ werden die wichtigsten Quellen für die Kommission zur Erarbeitung ihrer neuen CSR-Politik werden. Wahrscheinlich ist, dass

die Kommission auch in Zukunft dem Bereich Bewusstseinsbildung und Sichtbarkeit eine Priorität einräumen wird. Die Dialoge mit den interessierten Parteien und die Vernetzung von Interessensvertretern dürften weiter vorangetrieben werden. Ziel der Kommission wird es auch sein, die Unternehmen bei der Umsetzung ihrer CSR zu unterstützen.

unternehmerischen Einheitsbrei angelsächsischer Prägung zu machen, in dem der „Shareholder Value“ die einzige Richtschnur ist.

In zahlreichen europäischen Empfehlungen, Aktionsplänen und politischen Kommentaren wird von den Unternehmen eingemahnt, in enger Zusammenarbeit mit ihren „Stakeholdern“, auch soziale, ökologische und ethische Belange

„Mit CSR zu einem wettbewerbsfähigen Europa.“

Sparkassen und ihre Verantwortung

Die Sparkassen streben seit knapp 200 Jahren erfolgreich danach, die Maximierung ihrer Wettbewerbsfähigkeit mit der Verantwortung für das Gemeinwesen unter einen Hut zu bringen. Diese „Zielsymbiose“ empfehlen wir auch der Kommission, wenn sie ihre neue CSR-Strategie definiert. Die guten Ansätze jener Dienststellen, die für CSR verantwortlich sind, werden oft unterkariert durch jene Abteilungen, die ihre Gesetzesvorschläge dem Ziel unterwerfen, aus Europa einen

in ihre Unternehmensstrategien zu integrieren. Gerade die Kommission sollte aber nicht nur von den Unternehmen diesen ganzheitlichen Ansatz einfordern, sondern diesen Anspruch auch an sich selbst stellen. Ihre konkreten Gesetzesvorschläge lassen besagten „ganzheitlichen Ansatz“ oft vermissen. Die Würdigung der Vielfalt der Unternehmensmodelle und eine sich daraus ableitende entsprechende Berücksichtigung in den Rechtstexten müssen viel deutlicher erkennbar werden. -afe-



Die EU-Kommission wird ihre CSR-Strategie neu ausrichten. Die österreichischen Sparkassen tragen den Gemeinwohlauftrag bereits in ihrer DNA.

Investoren entdecken wieder Lateinamerika

Der positive Trend an den Aktienbörsen wird von der Erholung der Weltkonjunktur bestätigt. Die globalen Aktienmärkte befinden sich bereits seit März 2009 in einem Aufwärtstrend, manche internationalen Aktienindizes haben dabei neue Höchststände erreichen können. Auch die Schwellenländer stabilisieren sich.

In den Schwellenländern zeichnet sich für heuer eine Stabilisierung nach der jahrelangen Abschwächung ab. Für 2014 rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) für die entwickelten Volkswirtschaften mit einem realen BIP-Wachstum von 2,2 %. Die Schwellenländer können mit einem Wachstum von 4,9 % die Aufholjagd fortsetzen. Die Inflationsraten bleiben dabei in den entwickelten Volkswirtschaften auf einem niedrigen Niveau. Der IWF geht davon aus, dass die Inflationsrate gemessen am Konsumentenpreisindex um 1,5 % steigt. In den Schwellenländern liegt dieser Wert mit 5,5% deutlich darüber.

Tiefes Zinsniveau begünstigt Risikosegmente

Die Anlagensegmente werden vom Erste Asset Management zumindest einmal pro Monat analysiert, und es wird die Attraktivität auf Basis von Rendite und Risiko in Relation zu

einander eingeschätzt. Seit längerem liegen dabei die Aktienmärkte der entwickelten Volkswirtschaften ganz vorne, was die relative Attraktivität betrifft. Auch die hochverzinslichen Anleihe segmente sind

„Mittelzuflüsse für Lateinamerika-Börsen.“

relativ gesehen zu dem niedrig verzinsten Euro-Geldmarkt attraktiv. Federico Galassi, CIO für Pan-Lateinamerika der BBVA Asset Management, rechnet nach einem schwachen Aktienjahr an den Lateinamerika-Börsen mit Mittelzuflüssen an den Börsen. Die Zentralbanken haben laut seiner Analyse noch Spielraum, ihre Geldpolitik

zu lockern, Zinssenkungen sind daher möglich. Zudem sind die lateinamerikanischen Aktienbörsen im historischen Vergleich günstig bewertet.

Die Investmentthemen in Lateinamerika werden primär durch folgende Faktoren beeinflusst:

- Zunehmender Inlandskonsum und damit verbunden eine steigende Mittelklasse
- Enorme Infrastrukturprojekte in der Region
- Regionale Integration der Länder untereinander

Für Galassi ist die wachsende Mittelklasse ein wesentlicher Wachstumsfaktor. Finanzdienstleistungen wie Pensionsvorsorge, Darlehen und Versicherungen verzeichnen zweistellige Zuwachsraten. Bei der Penetration von Versicherungen liegt Brasilien beispielsweise bei lediglich 2,9 %. Im Vergleich dazu liegt die Quote in Spanien bei 5,4 % und in Großbritannien bei



Lateinamerika-Experte Federico Galassi, BBVA Asset Management: „Die Zentralbanken haben noch Spielraum, ihre Geldpolitik zu lockern, Zinssenkungen sind daher möglich.“

13,4 %, jeweils gemessen am Prämienvolumen in Prozent des BIP für 2012.

Auf kurze Sicht setzt das Fondsmangement der BBVA Asset Management auf eine Erholung der Börsen und damit auf zyklische Titel wie

Finanzdienstleister, Basisindustriewerte, Industrie- und Energiewerte (ohne Öl) und zyklische Konsumaktien. Deutlich untergewichtet werden derzeit defensive Konsumwerte, Telekomtitel und Energieversorger. -hre-

Kreditflaute: Private sorgen für Trendumkehr

Das Wachstum des von österreichischen Banken an nicht-finanzielle Unternehmen vergebenen Kreditvolumens hat sich seit Sommer 2012 mit der Konjunkturuntrübung kontinuierlich abgeschwächt und erreichte im März 2014 mit 0,2 % seinen bisherigen Tiefpunkt. Im April 2014 stieg die Jahreswachstumsrate wieder geringfügig auf 0,3 %. Die Entwicklung in Österreich war aber trotz allem noch deutlich positiver als jene des Euroraum-Durchschnitts, für den die Jahreswachstumsrate von Unternehmenskrediten bereits seit fast zwei Jahren negativ ist und derzeit nur bei -2,8 % liegt.

Nach Wirtschaftssektoren betrachtet zeigt sich in den letzten sechs Monaten in den Sektoren Bau, Verkehr, Wohnungswesen, Beherbergung und Energieversorgung ein Zuwachs der Kreditvergabe, während im Handel und in der Sachgütererzeugung die Kreditvergabe rückläufig war. Das geht aus einer Analyse der Oesterreichischen Nationalbank hervor.

Das Wachstum der Kredite an die privaten Haushalte war ebenso wie jenes an die Unternehmen seit etwa zweieinhalb Jahren rückläufig, allerdings wurde bei den Haushaltskrediten bereits im Mai des Vorjahres mit einem Wachstum von nahe bei 0 % der bisherige Tiefpunkt erreicht. Seither ist die Wachstumsrate wieder angestiegen und befand sich im April 2014 bei 1,3 %. Die Trendumkehr ist somit bei den Haushaltskrediten erreicht und gut abgesichert.



Kreditvergabe an Wohnbau steigt wieder an.

Unternehmensanleihen schwächer

Die Finanzierung österreichischer Unternehmen über Anleihen wächst seit dem Vorjahr weit weniger dynamisch als davor: So ging die Jahreswachstumsrate der Netto-Anleiheemissionen ausgehend von 11 % im März 2013 auf nunmehr 2,5 % im April 2014 zurück. Die Finanzierung der österreichischen Unternehmen über Aktienemissionen stagniert praktisch bereits seit Mitte 2012. Lediglich im April 2014 wurde wieder ein bemerkenswerter Anstieg der Wachstumsrate der Netto-Aktienemissionen auf 1,4 % registriert. Zusätzlich finanzieren sich inländische Unternehmen auch über Kredite aus dem Ausland und über konzerninterne Finanzierungsströme. Die Netto-Kreditaufnahmen im Ausland waren im Jahr 2013 mit -1,4 Mrd. Euro insgesamt negativ, während die konzerninternen Finanzierungen aus dem Ausland rund 370 Mio.

Euro zur Finanzierung der österreichischen Unternehmen beitragen. Die durchschnittlichen Zinssätze im Kundengeschäft sind sowohl bei Unternehmenskrediten als auch bei Haushaltskrediten im Lauf des Jahres 2012 parallel zu den Leitzinsen gesunken und haben sich in der Folge auf historisch niedrigem Niveau stabilisiert. Seit dem letzten Jahr zeigt sich allerdings trotz der neuerlichen Leitzinssenkungen kein weiterer Rückgang mehr, in manchen Bereichen wurde sogar eine leichte Aufwärtstendenz der Zinsen beobachtet. Die Zinssätze von neu vergebenen Unternehmenskrediten mit einer Zinsbindungsfrist von bis zu einem Jahr und einer Höhe von bis zu 1 Mio. Euro weisen seit Beginn dieses Jahres eine leicht steigende Tendenz auf, jene von Krediten über 1 Mio. Euro liegen hingegen kaum verändert bei 1,8 %. Bei den Kundenzinsen für Haushaltskredite

ist ein unterschiedlicher Verlauf je Verwendungszweck zu beobachten. So sind die Zinsen von neuen Konsumkrediten seit Jahresbeginn 2013 tendenziell angestiegen, während sie bei neuen Wohnbaukrediten auf einem Niveau von etwas über 2 % stagnierten.

Richtlinien nicht verschärft

Aktuelle Umfragen bei Unternehmen und Banken legen nahe, dass die Abschwächung der Kreditdynamik in den letzten Monaten sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Gründe hatte. Die befragten KMU berichteten von einer weiteren Verschlechterung der Verfügbarkeit von Bankkrediten, wofür sie als Hauptursache die allgemeine Wirtschaftslage nannten. Die bei der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) befragten Banken gaben an, die Richtlinien für die Kreditvergabe an KMU seit Mitte des Jahres 2013 nicht weiter verschärft zu haben. Die in den acht Quartalen zuvor erfolgte Anhebung der Kreditstandards dürfte jedoch für die Unternehmen nach wie vor spürbar sein. -üh-

„Kein Rückgang der Kreditzinsen mehr.“



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halb-ernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Der mündige Bürger

Groß angelegte Offensive gegen das Telefonieren am Steuer. Die Geldstrafen werden empfindlich erhöht. Die Grünen fordern überhaupt, ein Vormerkdelikt für Autofahrer daraus zu machen. In Tirol wird – unabhängig von Verkehrsaufkommen und Witterungslage – für ein Jahr auf allen Autobahnen des Landes Tempo 100 verordnet. „Probeweise“, wie das so schön in der kalmierenden Sprache des schleichenden Verordnungsstaates heißt. In Salzburg wird Tempo 80 „flexibel“, aber natürlich prolongiert.

In der Tiroler Landeshauptstadt Innsbruck sollen auf bestimmten öffentlichen Plätzen keine alkoholischen Getränke mehr verkauft werden dürfen. Und bei steuerrechtlichen Selbstanzeigen soll es in Zukunft jedenfalls eine saftige Strafe geben. Milderungsgründe bei Tateingeständnis gelten eben nur für Räuber oder Gewalttäter.

Das ist die Zusammenfassung der Nachrichtenlage von nur einer Woche: Eine Welle von zusätzlichen Verboten, Restriktionen und Strafordrohungen rollt durch das Land. Im Einzelfall mag dieses oder jenes durchaus sinnvoll sein, aber derzeit scheint ein wahrer Innovationswettbewerb rund um Verbote und Gebote stattzufinden. Vom Essensverbot in öffentlichen Verkehrsmitteln bis zum mobilen Telefonierverbot in der Gastronomie ist dieser Tage alles im Gespräch.

Das alles passiert im Zeitalter des mündigen, emanzipierten, sich der gesellschaftlichen Verantwortung angesichts der vielen NGOs mit ihren hehren Zielen voll bewusst seienden Bürgers. Er ist informierter denn je, hat eine Fülle von Möglichkeiten, sich mit den Folgen eines etwaigen Fehlverhaltens vertraut zu werden und ist durch ein Schulsystem gegangen, in dem die Selbstverwirklichung in den Grenzen gesamtgesellschaftlicher Freiheiten zur obersten Priorität der Pädagogik erkoren worden ist.

Seltsam, dass man seinen in Parteiprogrammen und Sonntagsreden so viel beschworenen Idealen von der Verantwortungs- und Subsidiärgesellschaft nicht so recht traut.

Also dann: Wann kommt die nächste Restriktion mit öffentlicher Strafandrohung? Die Autofahrer sind da ja seit Jahren ein dankbares Objekt... -üh-

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„2,1 Millionen ÖsterreicherInnen fordern Umbenennung des Weltmilchtages.“

Sensationeller Befund der Veganen Gesellschaft in einer Presseaussendung.

„Untersuchungen haben ergeben, dass Pendler, wenn sie auf einen Zug warten, der Verspätung hat, den Stresspegel eines Kampffjetpiloten haben. Man sollte lieber Jobs annehmen, bei denen man zu Fuß in die Arbeit gehen kann“

Aus einer Kolumne im „Schaufenster“ der Tageszeitung DIE PRESSE

„Frank Stronach hat viele Leute angezogen, die erwartet haben, dass sie jetzt den Scheck ihres Lebens bekommen“

Team-Stronach-Abgeordnete Kathrin Nachbaur

„Tag der offenen Tür am Tierfriedhof ‚Waldesruh‘ Nähe Wien“

Titel einer Presseaussendung